Medienmitteilung

Ja zur geplanten Aufsicht über die soziale Krankenversicherung

Solothurn, 3. Mai 2011 - Der Regierungsrat befürwortet in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Gesundheit den Erlass eines neuen Gesetzes betreffend die Aufsicht über Kranken-kassen.

Der Bundesrat hat ein Gesetz in die Vernehmlassung geschickt, das die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung verschärft und neu organisiert. Durch das neue Recht soll die gegenwärtige Aufsicht aus dem Bundesamt für Gesundheit herausgelöst und in eine eigene, unabhängige Behörde überführt werden.

Der Regierungsrat befürwortet in seiner Stellungnahme die Absicht des Bundes, die Aufsicht über die Krankenversicherer zu verbessern bzw. strenger auszugestalten. Besonders unterstützt er die Bestrebungen, die Eingriffsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörde zu verstärken und ihr auch schärfere Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ebenso erachtet er die neuen Vorgaben hinsichtlich der Corporate Governance, der Rechtsform von Krankenkassen sowie hinsichtlich der Berechnung der Reserven für nutzbringend.

Der Regierungsrat hinterfragt aber kritisch, ob es wirklich notwendig sei, eine eigene Behörde zu schaffen. Er sieht es für möglich, die neuen Strukturen bei der Finanzmarktaufsicht (FINMA) anzugliedern, zumal diese bereits heute die Aufsicht über die Zusatzversicherungen ausübt.

Darüber hinaus möchte er Regelungen im neuen Gesetz, die entweder den Betrieb von Billigkassen verunmöglichen oder zumindest eine allzu starke Segmentierung in den Prämien innerhalb einer Versicherungsgruppe unterbinden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Dr. iur. Claudia Hänzi, Leiterin Sozialversicherungen, 032 627 23 10